

Aufruf gegen die Verschiebung der Semesterzeiten in Deutschland

Auf Betreiben der Hochschulrektorenkonferenz (HRK) sollen die Semesterzeiten an deutschen Hochschulen von 2011 an vorverlegt werden (vgl. Pressemitteilung vom 4. Mai 2007). Das neue Herbstsemester soll Anfang September statt Mitte Oktober beginnen, das Sommersemester Anfang März statt Mitte April. Die HRK verfolgt damit nach eigenen Worten das Ziel, durch Anpassung der Semestertaktung an die Mehrzahl der Nachbarländer einen Beitrag zur europäischen „Harmonisierung“ zu leisten. Nach ihren Angaben werde dadurch die Mobilität auf internationaler Ebene erleichtert. Studierenden, die aus dem Ausland kommen oder ins Ausland gehen wollen, habe das späte deutsche Semester bisher den Wechsel erschwert.

Allerdings nennt die HRK keine Zahlen, um die Dringlichkeit einer so weit reichenden Initiative zu untermauern. Angesichts der vielen hochschulplanerischen Maßnahmen der letzten Jahre, die auf schwankender Grundlage beschlossen wurden und ihr Ziel nicht immer erreicht haben, hätte dies eigentlich selbstverständlich sein müssen. Es ist anzunehmen, dass bei flexibler Handhabung der derzeit geltenden Regelungen die Anzahl von tatsächlichen „Härtefällen“, die bei einem Hochschulwechsel innerhalb Europas entstehen, gering ist.

Zudem wurde die Initiative der HRK (einmal mehr) ohne Konsultation der betroffenen Hochschullehrer beschlossen, die diese Umstellung am Ende werden organisieren müssen.

Die Unterzeichner dieses Aufrufs weisen auf zwei gravierende Folgen hin, die eine Vorverlegung der Semesterzeiten haben würde:

1) In einigen Bundesländern würde dadurch die Bewerbungsfrist von Schulabgängern so verknappt, dass sie sich mitten in den Vorbereitungen zum Abitur auf der Grundlage ihres letzten Halbjahreszeugnisses um einen Studienplatz kümmern müssten. Dies käme einer schleichenden Entwertung des Abiturs gleich und wäre angesichts der Bedeutung der Studienplatzwahl kaum zumutbar. Auch die hochschuleigenen Zulassungsverfahren würden dadurch unter zusätzlichen Zeitdruck geraten.

2) Die Angleichung der deutschen Semestertaktung würde den Länder übergreifenden Austausch zwischen Forschern nicht fördern, sondern erschweren. Für die Internationalisierung der deutschen Hochschulen ist es bisher gerade von Vorteil, dass der akademische Kalender in Deutschland gegenüber anderen Ländern zeitversetzt ist. Dadurch entstehen im Frühjahr und Herbst Korridore von mehreren Wochen, die sich ideal für die Einladung von Gastwissenschaftlern eignen. So können deutsche Wissenschaftler im März und September zu Gastaufenthalten etwa in die USA, nach England oder Frankreich reisen, ohne ihre Lehrverpflichtungen zu Hause zu beeinträchtigen. Umgekehrt kommen Professoren und Doktoranden aus diesen Ländern vorzugsweise im Juni oder Juli nach Deutschland, d.h. in ihrer eigenen vorlesungsfreien Zeit, halten hier Gastseminare ab oder partizipieren auf andere Weise am akademischen Leben. Auf diesem einfachen Prinzip beruht eine Vielzahl von interuniversitären Austauschprogrammen, die mit großem Engagement in Gang gebracht und durch Steuergelder mit beträchtlichen Summen gefördert wurden.

Als Forschungsstandort würde Deutschland durch die von der HRK geforderte Änderung Schaden erleiden. Die Mobilität von Hochschullehrern und Nachwuchswissenschaftlern würde empfindlich vermindert, erfolgreiche Austauschprogramme würden behindert oder unmöglich gemacht.

Die Unterzeichner dieses Aufrufs appellieren an die Hochschulrektorenkonferenz und an die Verantwortlichen in den Ländern und Universitäten, die Pläne zur Angleichung der deutschen Semesterzeiten nicht weiter zu verfolgen.

Verantwortlicher Initiator des Aufrufs: Prof. Dr. Albrecht Koschorke, Fachbereich Literaturwissenschaft, Universität Konstanz, 78457 Konstanz. Kontakt: nina.kueck@uni-konstanz.de